

Übersicht

über die vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 21.05.2015 gefassten Beschlüsse:

Öffentliche Sitzung

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Ergebnis (Kurzfassung)	Beschl.-Nr.
1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	Der Haupt- und Finanzausschuss erkannte die erweiterte Tagesordnung einvernehmlich an.	30/14
2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.3.2015	Der Haupt- und Finanzausschuss erkannte die Niederschrift einvernehmlich an.	31/14
3.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung am 10.3.2015 gefassten Beschlüsse	Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.	
4.	Fortschreibung des Stellenplanes	Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Rat der Stadt, den Stellenplan entsprechend zu ändern.	32/14
5.	IT-Konzept der Stadtverwaltung	Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.	
5.1.	IT-Konzept der Stadtverwaltung	Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.	
N1.	Sachstand Selbstverwaltetes Jugendzentrum (SJZ): Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 20.5.2015	Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragte die Verwaltung bis zur Sitzung des Rates am 11.6.2015 einen Entwurf des Nutzungsvertrages für das SJZ vorzulegen.	33/14
6.	Bekanntgaben der Verwaltung		
6.1.	Zentrale Vergabestelle – Zusammenarbeit mit der Stadt Lohmar	Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.	
6.2.	Projekt SecMaaS – IT-Sicherheit für Kommunen	Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.	

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Kreisstadt Siegburg am 21.05.2015

6.3	Kämmerer Andreas Mast gab eine Information des Städte- und Gemeindebundes zur Umsetzung des vom Bund initiierten Kommunalinvestitionsgesetzes (Gesetz zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen) in NRW bekannt.	Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.	
6.4	Erster Beigeordneter Ralf Reudenbach gab die Verhandlungstermine zum Thema Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn bekannt.	Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.	
7.	Verschiedenes	Es erfolgten keine Wortmeldungen.	
8.	Anschließend Einwohnerfragestunde	Es erfolgten keine Wortmeldungen.	

Niederschrift

über die vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 21.05.2015 gefassten Beschlüsse:

Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	18:55 Uhr
Ort der Sitzung:	Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Franz Huhn CDU

Stellvertr. Vorsitz

Frau Dr. Susanne Haase-Mühlbauer CDU

Ratsmitglieder CDU

Frau Marga Basche CDU

Herr Emanuel Bollinger CDU

Frau Anna Diegeler-Mai CDU

Herr Heinz Willi Höver CDU

Herr Detlef Krause CDU

Herr Prof. Dr. Norbert Krudewig CDU

Frau Beate Löbach-Neff CDU

Frau Ursula Muranko CDU

Herr Michael Römer CDU

Herr Tomas Salcedas CDU

Frau Petra Schonlau CDU

Herr Dirk Schulte CDU

Herr Lazaros Tsapanidis CDU

Ratsmitglieder SPD

Herr Michael Keller SPD

Herr Ömer Kirli SPD

Frau Gaby Körner SPD

Herr Stefan Rosemann SPD bis

18:50 Uhr

Herr Oliver Schmidt SPD

Herr Lothar Stauch SPD

Ratsmitglied FDP

Herr Jürgen Peter FDP

Ratsmitglieder DIE GRÜNEN

Herr Charly Halft GRÜNE bis

18:40 Uhr

Herr Hans-Werner Müller GRÜNE

Herr Philipp Starke GRÜNE

Frau Astrid Thiel GRÜNE

Ratsmitglied DIE LINKE

Herr Michael Otter Die Linke

Ratsmitglied AfD

Herr Ralph Wesse AfD

Beratendes Mitglied

Herr Dr. Helmut Fleck Volksabstimmung

Entschuldigt:

Ratsmitglieder CDU

Herr Jürgen Becker

Herr Lars Henning Not-

telmann

Herr Eckhard Schwill

Ratsmitglied SPD

Herr Frank Sauerzweig

Ratsmitglied DIE GRÜNEN

Frau Birgit Meyer

Von der Verwaltung:

Ralf Reudenbach

Wolfgang Hohn

Bernd Lehmann

Barbara Guckelsberger

Andreas Mast

Andre Kuchheuser

Mario Weiershausen

Corinna Eschmann

Zusätzlich zur Tagesordnung wurden als Nachträge behandelt:

N1: Sachstand Selbstverwaltetes Jugendzentrum (SJZ); Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.5.2015

Sonstiges: (z.B. Sitzungsunterbrechung)

Öffentliche Sitzung

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Dienststelle
----------	---------------------	--------------

1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	
----	--	--

Herr Bürgermeister Huhn eröffnete die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellte fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig sei.

Er informierte den Haupt- und Finanzausschuss darüber, dass die Tagesordnung um eine Ergänzung und einen Nachtrag im öffentlichen Teil zu erweitern sei.

Der Haupt- und Finanzausschuss erkannte die erweiterte Tagesordnung einvernehmlich an.

2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.3.2015	
----	--	--

Der Haupt- und Finanzausschuss erkannte die Niederschrift einvernehmlich an.

3.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung am 10.3.2015 gefassten Beschlüsse	02
----	---	----

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.

4.	Fortschreibung des Stellenplanes	II/2
----	---	------

Herr Bürgermeister Huhn gab die Sitzungsleitung zur Beratung des TOP 4 an seine Stellvertreterin, Frau Haase-Mühlbauer, ab. Dies geschah freiwillig, da die Abgabe der Sitzungsleitung aus formalen Gründen nicht erforderlich war.

Herr Otter, Fraktion DIE LINKE, bat um Auskunft, aus welchem Grund die Stelle Nr. 60 von EG 11 auf A13 hochgestuft wurde.

Herr Lehmann informierte den Ausschuss darüber, dass die Stelle aufgrund organisatorischer Änderungen des Aufgabengebietes nun höher eingestuft worden sei.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragte die Verwaltung, ob nunmehr bei der Rückstufung der Stelle Nr. 1 von B6 auf B5 Rechtssicherheit bestünde. Bei der Höhergruppierung von B5 auf B6 sei im Rat seitens der Verwaltung darauf verwiesen worden, dass auch hier Rechtssicherheit bestehe.

Herr 1. Beigeordneter Reudenbach bekräftigte, dass Rechtssicherheit bestand. Seinerzeit haben keine Zweifel bestanden, die Auswertung der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Volkszählung des statistischen Landesamtes zugrunde zu legen.

Herr Kirli, SPD-Fraktion, begrüßte für seine Fraktion die Entscheidung der Verwaltung und schloss sich dem Beschlussvorschlag an.

Frau Muranko, CDU-Fraktion, teilte für die CDU-Fraktion mit, dass diese sich der

Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschlieÙe.

Herr Peter, FDP-Fraktion, teilte dem Ausschuss mit, dass er sich ebenfalls dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschlieÙe, da die Begründung und Entscheidung der Verwaltung seinerzeit und auch heute eindeutig sei.

Frau Thiel, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass sich ihre Fraktion vorgeführt fühle. Sie stellte die Frage an die Verwaltung, warum bei der Entscheidung der Besoldungserhöhung seinerzeit nicht sofort die Kommunalaufsicht eingeschaltet worden sei.

Herr Reudenbach betonte nochmals, dass zum damaligen Zeitpunkt keine Zweifel an der Ausweisung der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Volkszählung bestanden habe.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Klage und, ob es Auswirkungen auf die Besoldung des Bürgermeisters haben könne, wenn die Zensusklage zugunsten der Verwaltung ausfalle. Herr Lehmann teilte dem Ausschuss mit, dass zunächst die Urteilsbegründung abzuwarten bleibe.

Herr Lehmann informierte darüber, dass die Stadt Siegburg gemeinsam weiteren 35 Kommunen in Nordrhein-Westfalen Klage eingereicht habe, konkret werden die Verfahren der Stadt Bonn und der Gemeinde Much als „Musterklage“ verhandelt. Bis heute stünde ein Termin zur Verhandlung nicht fest. IT-NRW sei lediglich angewiesen worden, die Daten bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln nicht zu vernichten.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Rat der Stadt, den Stellenplan entsprechend zu ändern.

AE: Einstimmig

5.	IT-Konzept der Stadtverwaltung	II/2
-----------	---------------------------------------	-------------

Herr Bürgermeister Huhn übernahm ab TOP 5 wieder den Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses.

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.

5.1.	IT-Konzept der Stadtverwaltung	II/2
-------------	---------------------------------------	-------------

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.

N1.	Sachstand Selbstverwaltetes Jugendzentrum (SJZ): Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN v. 20.5.2015	02
-----	--	----

Frau Thiel, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hob hervor, dass das SJZ gute Arbeit leiste und diese weiterhin unterstützt werden müsse. Sie beantrage für ihre Fraktion, schnellstmöglich, jedoch bis zur Sitzung des Rates am 11.6.2015, einen Entwurf des Nutzungsvertrages vorzulegen. Ziel müsse der Bestand des SJZ bleiben.

Herr Starke, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, schloss sich den Ausführungen an und teilte mit, dass das SJZ Dezibelmessungen durchgeführt habe, abends bei Veranstaltungen ab 21 Uhr zwei Personen in den Innenhof abstelle, um die Besucher anzuweisen, sich ruhig zu verhalten sowie den Haupteingang zum Wohngebiet absperre.

Auch Herr Keller, SPD-Fraktion, schloss sich für seine Fraktion dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an, bis zur Sitzung des Rates am 11.6.2015 einen Entwurf des Nutzungsvertrages für das SJZ vorzulegen.

Herr Bürgermeister Huhn stellte fest, dass das SJZ auch weiterhin einen Platz in Siegburg habe und Unterstützung erfahren werde. Es könne jedoch nicht sein, dass Lärm und Unannehmlichkeiten zum Nachteil der Nachbarschaft im Haufeld geduldet werden müsse. Auch das SJZ müsse die Vorschriften einschließlich der Regelungen zum Lärmschutz einhalten.

Herr Reudenbach teilte dem Ausschuss mit, dass es zu immer wiederkehrenden Beschwerden wegen Lärmbelästigung aus der Nachbarschaft des SJZ gekommen sei. Der Vertrag mit dem SJZ sei seinerzeit aus formalen Gründen gekündigt worden. In einem neuen Nutzungsvertrag müssten auch die Pflichten des SJZ als Mieter enthalten sein; dies sei im alten Nutzungsvertrag nicht der Fall gewesen. Für die Übergangszeit gelte eine „quasi verfügte Regelung“. Bei größeren Veranstaltungen, Veranstaltungen durch Dritte und bei Musikveranstaltungen müsse das Ordnungsamt grundsätzlich und frühzeitig über die Vorhaben informiert werden sowie für die entsprechenden Tage einen Ansprechpartner mit telefonischer Erreichbarkeit benannt werden. Diese Absprachen seien nicht eingehalten worden. Es habe jedoch konstruktive Gespräche mit dem SJZ gegeben mit dem Ziel der Erarbeitung eines neuen Nutzungsvertrages bis zur Ratssitzung am 11.6.2015.

Frau Diegeler-Mai, CDU-Fraktion, teilte dem Ausschuss für ihre Fraktion mit, dass sie es wichtig finde, dass das SJZ trotz der derzeitigen Haushaltslage weiter betrieben würde.

Herr Starke, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, zu welcher Zeit der Quasi-Vertrag geschlossen worden sei.

Herr Reudenbach teilte dem Ausschuss mit, dass der seinerzeitige Vorstand über diesen Vertrag informiert worden sei. Aufgrund mehrerer Vorstandswechsel könne er heute nicht mehr sagen, ob auch der neue Vorstand über diesen Vertrag unterrichtet worden sei.

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragte die Verwaltung, bis zur Sitzung des Rates am 11.6.2015 den Entwurf eines Nutzungsvertrages für das SJZ vorzulegen.

AE: Einstimmig

6.	Bekanntgaben der Verwaltung	
-----------	------------------------------------	--

6.1.	Zentrale Vergabestelle – Zusammenarbeit mit der Stadt Lohmar	II/2
-------------	---	-------------

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.

6.2.	Projekt SecMaaS – IT-Sicherheit für Kommunen	II/2
-------------	---	-------------

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.

6.3	Information des Städte- und Gemeindebundes NRW zur Umsetzung des vom Bund initiierten Kommunalinvestitionsgesetzes	
------------	---	--

Herr Kämmerer Mast gab eine Information des Städte- und Gemeindebundes zur Umsetzung des vom Bund initiierten Kommunalinvestitionsgesetzes (Gesetz zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen) in NRW bekannt. Das Bundesgesetz soll am 12.6.2015 beschlossen werden. Auf NRW entfallen ab 2015 jährlich rd. 1,1 Mrd. €. Ein Eckpunktepapier des Ministeriums für Inneres und Kommunales sieht vor, diesen Betrag auf Kommunen und Kreise nach dem Verhältnis der erhaltenen Schlüsselzuweisungen der Jahre 2011 – 2015 zu verteilen. Danach bekommen 30 von 31 Kreisen und 355 von 396 Kommunen Zuschüsse erhalten. Der Betrag für Siegburg beläuft sich nach dem Eckpunktpapier auf jährlich 1.482.095,60 €. Das Landeskabinett wird den Entwurf am 9. Juni beraten. Die Details der Förderung bleiben abzuwarten.

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.

6.4	Verhandlungstermine zum Thema Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn	
------------	---	--

Herr Reudenbach informierte den Ausschuss darüber, dass der 2. und 3. Juni 2015 als Verhandlungstage zum Thema Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn durch das Oberverwaltungsgericht Münster festgelegt worden seien.

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.

7.	Verschiedenes	
-----------	----------------------	--

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

8.	Anschließend Einwohnerfragestunde	
-----------	--	--

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Ende der öffentlichen Sitzung.
Presse und Zuhörer verließen den Sitzungssaal.